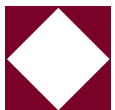


Lukas Beck

# Konzernhaftung in Deutschland und Europa

Eine Untersuchung der Grundlagen der Haftung  
für Leitung und Organisation grenzüberschreitender  
Unternehmensgruppen



**Nomos**

**Studien zum Gesellschaftsrecht**

herausgegeben von

Prof. Dr. Ulrich Haas

Prof. Dr. Detlef Kleindiek

Prof. Dr. Christoph Teichmann

**Band 13**

Lukas Beck

# Konzernhaftung in Deutschland und Europa

Eine Untersuchung der Grundlagen der Haftung  
für Leitung und Organisation grenzüberschreitender  
Unternehmensgruppen



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2018

ISBN 978-3-8487-5537-0 (Print)

ISBN 978-3-8452-9660-9 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meiner Ehefrau*



## Vorwort

Diese Arbeit entstand während meiner Zeit am Würzburger Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Deutsches und Europäisches Handels- und Gesellschaftsrecht meines Doktorvaters, Herrn Professor *Dr. Christoph Teichmann*, in der Zeit von August 2011 bis Oktober 2013. Die Zeit bis Oktober 2014 wurde zur Aktualisierung genutzt. Ausgangspunkt ist die der Fachöffentlichkeit allgemein bekannte Tatsache, dass ein europäisches Rechtsregime für die Gestaltung und Leitung von grenzüberschreitenden Unternehmensgruppen fehlt. Ein Ansatz, diese Lücke zu schließen, sollte auf die Rechtsprechung des EuGH zur kartellrechtlichen Konzernhaftung aufbauen. Leitend war der Gedanke, dass die vom EuGH angenommene kartellrechtliche Haftung von Mutterunternehmen für Wettbewerbsverstöße ihrer Tochterunternehmen möglicherweise nicht unbedingt mit den Grundprinzipien, jedenfalls aber nicht mit dem Grundgedanken der Haftungstrennung im Konzern zu vereinbaren sein dürfte. Dementsprechend war der Ansatz der Arbeit, aus der Perspektive des deutschen Rechts zu prüfen, wie sich eine umfassende kartellrechtliche Haftung mit den Grundanliegen des deutschen Konzernrechts vereinbaren lässt. Auch sollte die Fundamentierung dieser kartellrechtlichen Haftung im Europarecht an sich erörtert werden. So ist es das Ziel, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, ob und in welchem Umfang ein künftiges einheitliches europäisches Konzernrecht bereits auf europarechtlicher Basis steht und welche Anforderungen aus dem deutschen Recht hieran zu stellen sind.

Die umfassende kartellrechtliche Haftungsgefahr trat einer breiten Fachöffentlichkeit durch die noch jüngere Entscheidung des EuGH in Sachen *Akzo Nobel (C-97/08)* ins Bewusstsein. Zwischenzeitlich ist um diese Problematik – Konzernhaftung im Kartellrecht – bereits eine wissenschaftliche Diskussion angelaufen. Auch das *BKartA* musste sich mit der Frage befassen, ob bereits die bestehende Gesetzeslage nach deutschem Recht genügt, um eine solch weitreichende Haftung anzunehmen. Zuletzt verabschiedete der deutsche Gesetzgeber die 9. GWB-Novelle, die eben diese Haftung gesetzlich normieren soll. All diese Entwicklungen waren nicht vorhersehbar und nicht Teil der eigentlichen Arbeit. Sie wurden nach und nach sorgsam berücksichtigt und so wurde der Versuch unternommen, die bereits gefundenen Ergebnisse mit diesen Entwicklungen abzugleichen. Die beachtlichen rechtswissenschaftlichen und rechtspolitischen Entwürfe

*Vorwort*

der verschiedenen Expertengruppen – der *EMCA*-Arbeitsgruppe, der für die Europäische Kommission tätigen *ICLEG*, der *ECLE*-Gruppe und des *FECCG* – die parallel zur vorliegenden Arbeit entstanden, wurden dabei nicht berücksichtigt. Deren verdienstvoller Ansatz ist es, auf umfassender (rechtsvergleichender) Basis ein Gesamtkonzept für einen europarechtlichen Regelungsakt zur Behandlung von grenzüberschreitenden Unternehmensgruppen vorzulegen. Vorliegend sollte lediglich ein Impuls gegeben werden.

Die Entstehung der Arbeit wurde von Herbst 2012 bis Herbst 2014 gefördert durch die großzügige Gewährung eines Promotionsstipendiums der *Hanns-Seidel-Stiftung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)*, wofür der Stiftung mein aufrichtiger Dank gilt. Der Dank ist zu erstrecken auf die Förderung des Forschungsaufenthalts an der *London School of Economics* in der Zeit von September 2014 bis Oktober 2014. Für die uneingeschränkten Empfehlungen zur Annahme als Stipendiat gilt mein Dank neben meinem Doktorvater Frau *Dr. Panajotta Lakis*.

Herzlichster Dank gilt Herrn Professor *Dr. Florian Bien*, der bereits im Jahr 2011 Gehör für meine Ideen fand, mich freundlichst unterstützte und dessen im Zweitgutachten niedergelegte Expertise es mir ermöglichte, die angestellten kartellrechtlichen Überlegungen kritisch zu überprüfen.

Weiterhin danke ich den verehrten Herren Professor *Dr. Detlef Kleindiek* und Professor *Dr. Ulrich Haas*. Mit Ihrem Befürworten und dem meines Doktorvaters bildet die Arbeit einen Teil der Reihe der *Studien zum Gesellschaftsrecht*.

Zuletzt darf ich den Dank an meinen Doktorvater dafür richten, dass er es mir ermöglichte, die Wissenschaft nicht nur am Schreibtisch zu erfahren. Über die Vielzahl der gemeinsamen Projekte, Reisen und fachlichen wie persönlichen Gespräche fühle ich mich ihm wissenschaftlich wie persönlich eng verbunden. Nicht zuletzt durfte ich auf diesem Weg die Arbeiten des *FECCG* begleiten. Insbesondere dessen Mitgliedern Frau Professorin *Dr. Susanne Kalss* und den Herren Professor *Dr. Dr. h.c. mult. Marcus Lutter* und Professor *Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff*, die jederzeit ein offenes Ohr für die Anliegen und Ideen eines jungen Doktoranden hatten, gilt mein Dank.



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	29
Einleitung	35
Kapitel 1: Konzerne und Konzernrecht	38
A. Verbreitung grenzüberschreitender Konzernstrukturen	38
B. Haftung und Haftungsbeschränkung	39
I. Haftung und Notwendigkeit der Haftungsbeschränkung bei natürlichen und juristischen Personen sowie Personengesellschaften	39
II. Haftung im Konzern	39
1. Regelfall: Haftungstrennung	39
2. Ausnahme: Haftung der Konzernmutter	41
3. Rechtfertigung der konzernbezogenen Haftung	42
C. Konsequenz	43
Kapitel 2: Das Konzernrecht und das Wesen des Konzerns nach dem deutschen Gesellschaftsrecht	44
A. Gesetzgeberische Ursprünge	44
I. AktG 1937	44
II. AktG 1965	45
B. Gegenstand des Konzernrechts	46
I. Keine Betrachtung des Verbundes an sich	46
II. Betrachtung der Beziehungen der Konzernglieder	46
C. Aktueller Stand und Entwicklung des Konzernrechts	47
I. Stagnieren gesetzgeberischer Tätigkeit	47
II. Unterscheidung von Aktien- und GmbH-Konzernrecht	48
1. Der gesetzliche Grundtypus des Aktienkonzerns	48
2. Besonderheiten des GmbH-Konzerns	50
a) Regelungsstand und Problemaufriss	50
I) Kein kodifiziertes GmbH-Konzerngesellschaftsrecht	50

*Inhaltsverzeichnis*

II)	Anwendung der §§ 15 ff. AktG	51
III)	Entwurf eines GmbH-Konzerngesellschaftsrechts	52
IV)	Kein späteres Wiederaufgreifen des Gesetzgebungsvorhabens	52
V)	Fortbestehender Bedarf an einem besonderen GmbH-Konzerngesellschaftsrecht	53
b)	Anwendung des Aktienkonzernrechts oder des GmbH-Rechts der unverbundenen Gesellschaft auf den GmbH-Konzern	54
c)	Strukturelle Unterschiede zwischen AG und GmbH	55
I)	Personalistischere Prägung der GmbH	56
II)	Stellung der Geschäftsleitung	57
1)	Unabhängigkeit des AG-Vorstands und fehlende Entscheidungsbefugnis der Aktionäre	57
2)	Weisungsgebundenheit des GmbH-Geschäftsführers und Entscheidungsbefugnis der Gesellschafter	58
3)	Unterschiedliche Ausgestaltung trotz gemeinsamer Regelungsziele	59
4)	Überlagerung im Konzern	59
III.	Unterscheidung der Organisation von Vertragskonzern und faktischem Konzern	60
1.	Vertragskonzern	60
a)	Begriff und Grundlage	60
I)	Aktienrechtliche Grundkonzeption	60
II)	Besonderheiten des GmbH-Vertragskonzerns	61
1)	Anwendung des aktienrechtlichen Konzepts	61
2)	Legitimation von Beherrschungsverträgen in der GmbH	63
3)	Legitimation der Anwendung von Gewinnabführungsverträgen	65
(a)	Eingriff in Gewinnbezugsrechte	65
(b)	Eingriffskompetenz	66
b)	Vermittlung der Unterstellung	67
I)	Weisungsrecht	67
1)	Umfang des Weisungsrechts	67
2)	Exklusivität des Weisungsrechts	69
II)	Folgepflicht	69

2. Faktischer Konzern	70
a) Begriff und Grundlage	70
I) Beherrschender Einfluss	70
II) Umfang des beherrschenden Einflusses	71
b) Vermittlung der Unterstellung	73
I) Aktiengesetzliches Regelungskonzept	73
1) Legitimation der Einflussnahme im faktischen Konzern	73
(a) Bereits bestehende Leitungsmacht	73
(b) §§ 311 ff. AktG als Begrenzung bestehender Einflussnahme	74
(c) Kein gesondertes Recht auf Einflussnahme	75
(d) Gesamtwürdigung	75
2) Einflussnahme auf bereits bestehenden Wegen	76
(a) Einflussnahme durch Mehrheit	76
(b) Einflussnahme bei Minderheitsbesitz	77
(I) Stimmrechte	77
(II) Aufsichtsratsbesetzungsrechte	77
(c) Einflussnahme auf anderen Wegen	78
(d) Auswirkung der Einflussnahme	80
3) Würdigung	81
II) Gültigkeit im GmbH-Konzern	82
1) Gleiche Ausgangslage	82
2) Einfach-gesellschaftsrechtliche Vermittlung: Weisungsrecht nach § 37 Abs. 1 GmbHG	82
3) Kein Gleichlauf in der AG	83
4) Konzernrechtlicher Einschlag?	84
5) Faktischer GmbH-Konzern ohne spezifisches Konzernrecht	85
D. Zweck des Konzernrechts – Schutzrecht oder Organisationsrecht	85
I. Überblick	85
II. Konzernrecht als Schutzrecht	86
1. Schutzbedürftigkeit der Untergesellschaft	86
a) Bestimmung der Geschicke durch Konzernobergesellschaft	86
b) Verantwortlicher bleibt Konzernuntergesellschaft	87
c) Bestehen einer Gefährdungslage nach Beendigung des Konzerns	87

*Inhaltsverzeichnis*

2. Schutzbedürftigkeit der Minderheitsgesellschafter	88
3. Schutz der Untergesellschaft und ihrer Minderheitsgesellschafter	89
a) Notwendigkeit eines Schutzes	89
b) Kein absoluter Schutz durch Konzernverbot	90
c) Schutz durch Austarieren der Interessen	91
4. Schutz der Obergesellschaft	92
a) Schutzwerte Interessen in der Obergesellschaft	92
b) Kein spezifischer Schutz der Minderheitsgesellschafter in der Obergesellschaft bei der Konzerngeschäftsführung	92
c) Schutz aller Gesellschafter der Obergesellschaft bei der Konzernbildung	93
d) Schutz der Organe der Obergesellschaft	94
5. Zusammenfassung und Ausblick	95
III. Konzernrecht als Organisationsrecht	95
1. Organisationsrecht im klassischen Verständnis	95
a) Gesetzgeberische Intention	95
b) Hinweise im Vertragskonzernrecht	96
c) Hinweise im Recht der faktischen Konzerne	96
d) Würdigung	97
2. Organisationsrecht im Verständnis als Förderrecht	97
a) Schaffen eines sicheren Rechtsrahmens	97
b) Schaffen von Anreizen zur Konzernierung	98
c) Würdigung	98
IV. Konzernrecht als Schutz- und Organisationsrecht	99
1. Verwirklichung von Schutz- und Organisationsbelangen	99
2. Konzernrecht und allgemeines Gesellschaftsrecht	100
V. Interessenkollision und Machtverhältnisse im Konzern	101
1. Konzernkonflikt: Konzernbelange und Schutzrecht	101
2. Konzernbelange und Organisationsrecht	101
3. Fehlender Interessengleichlauf als Ausgangspunkt	102
a) Interessenlage in der unkonzernierten Gesellschaft	102
b) Konzernimmanente Gefährdung	102
VI. Konzerninteresse	103
1. Leitfigur zur Entscheidung des Konzernkonflikts	103
2. Begriffsausfüllung	104

3. Konzerninteresse als Interesse eines einzelnen Konzernunternehmens	105
a) Bezugspunkt: Einzelne Gesellschaft	105
b) Verbindungselement	105
I) Im Vertragskonzern	105
II) Im faktischen Konzern	106
c) Ergebnis	107
4. Unterschiedliche Reichweite im Vertragskonzern und im faktischen Konzern?	107
a) Gesetzliche Lösung im Vertragskonzern	108
I) Weisungsrecht	108
II) Folgepflicht	108
III) Folgerecht außerhalb von Weisungen	110
IV) Sichere Lösung für beide Seiten	112
b) Problemstellung im faktischen Konzern	112
I) Perspektive der beherrschten Gesellschaft	112
1) Situationen der Befolgung des Konzerninteresses	112
2) Geschäftsleitungskompetenz	113
(a) Zuständigkeit und Leitlinie der Geschäftsleitung	113
(b) Konzerninteresse als Teil des Eigeninteresses der abhängigen Gesellschaft	115
(c) Keine Überlagerung des Eigeninteresses	116
(d) Beurteilung der Eigeninteressen im AG-Konzern	117
(e) Behandlung des GmbH-Konzerns nach allgemeinem GmbH-Recht	119
3) Kein umfassendes Recht zur Ausrichtung am Konzerninteresse	119
II) Perspektive der herrschenden Gesellschaft	119
III) Sonderfall: Ein-Personen-Gesellschaft	120
c) Gesamtwürdigung	121
VII. Ergebnis	122
E. Gesamtergebnis zum Wesen des Konzerns und zur Konzernorganisation	123
I. Zum Wesen des Konzerns	123
II. Zum Dualismus des Aktien- und GmbH-Konzernrechts	124

*Inhaltsverzeichnis*

III. Zur differenzierten Behandlung von Vertragskonzernen und faktischen Konzernen	125
Kapitel 3: Konzernhaftung im deutschen Gesellschaftsrecht	126
A. Grundlagen der Haftung im Vertragskonzern	126
I. Pflicht zum Verlustausgleich	126
II. Verlustausgleichspflicht als Innenhaftung	128
III. Keine Durchbrechung der Haftungstrennung	128
IV. Durchgriff ohne Gesellschafterverhältnis nicht möglich	128
V. Gesamtschuldnerhaftung im Vertragskonzern	129
VI. Zusammenfassung und abschließende Würdigung	130
B. Haftung im faktischen AG-Konzern	131
I. Nachteilsausgleichhaftung im faktischen Konzern nach dem aktienrechtlichen Grundkonzept	131
1. Allgemeines	131
2. Nachteilsausgleich	132
a) Grund der Ausgleichsverpflichtung	132
b) Anliegen der Ausgleichsverpflichtung	132
3. Funktionsweise des Nachteilsausgleichssystems	133
a) Einflussnahme und Kompensation	133
b) Berücksichtigung des Eigeninteresses der beherrschten Gesellschaft	134
4. Anwendungsbereich und Folgen der Nachteilsausgleichshaftung	135
a) Tatbestandsvoraussetzungen	135
I) Veranlassung	136
II) Nachteil	137
1) Minderung oder Gefährdung der Vermögens- und Ertragslage	137
2) „Nachteil als Abhängigkeitsfolge“ zur Kausalitätsfeststellung?	137
3) Abhängigkeitsfolge und Drittvergleich	138
b) Rechtsfolge	139
5. Schadensersatz bei Ausbleiben des Nachteilsausgleichs	139
II. Versagen des Einzelausgleichssystems im faktischen AG-Konzern	141
1. Problemstellung	141
2. Ausgangspunkt	142
3. Mögliche Folgen	143

4. Zur Gesamtausgleichspflicht der §§ 302 f. AktG	145
5. Kritische Würdigung: Haftungsfolge der §§ 302 f. AktG würde den qualifiziert faktischen Konzern legalisieren	147
6. Richtiger Weg: Schätzung des entstandenen Nachteils oder Schadens (§ 287 ZPO)	149
a) Anwendungsfälle des qualifiziert faktischen Konzerns/der unbezifferbaren Nachteilszufügung	149
b) Dem Grunde nach feststellbare Nachteilszufügung	150
I) Schätzung der Schadenshöhe nach § 287 ZPO	150
II) Kein darüber hinausgehender Schutz nach §§ 302 f. AktG erforderlich	153
III) Abschließender Schutz	154
c) Qualifizierte Konzernleitung (dem Grunde nach nicht isolierbare Nachteile)	154
d) Zusammenfassung und abschließende Würdigung	156
III. Zusammenfassung und abschließende Würdigung zur nachteiligen Einflussnahme im faktischen AG-Konzern	156
C. Haftung im einfachen faktischen GmbH-Konzern	158
I. Keine Anwendung des Nachteilsausgleichssystems der §§ 311 ff, 317 AktG im faktischen GmbH-Konzern	158
II. Begrenzung nachteiliger Einflussnahme	160
1. Begrenzung durch die Treuepflicht	160
2. Außerdem: Schutz durch Kapitalerhaltung	163
3. Minderheitenschutz	163
4. Schädigungsverbot	164
5. Schädigungsverbot und Benachteiligungsverbot	165
a) Schädigungsverbot in AG und GmbH	166
b) Schadensverhinderung durch Nachteilsausgleich	167
c) Der Dualismus von Nachteil (§ 311 AktG) und Schaden (§ 317 AktG) und die Schadensdogmatik	169
d) Bezug zur Existenzvernichtungshaftung	171
e) Annex: Kein Unterlassungsanspruch gegen Nachteilszufügung aus der Treuepflicht	171
III. Diskrepanzen zwischen AG- und GmbH-Konzern beim Einzelausgleich	173
1. Mittelbarer Minderheitenschutz in der AG	173
2. Weitreichendere Erfassung von Einflüssen im AG-Konzern?	174

*Inhaltsverzeichnis*

3. Ein-Personen-Gesellschaft	175
a) Schwächerer Gläubigerschutz in der GmbH als in der AG	175
b) Schwächerer Gläubigerschutz zwingend?	176
c) Ein im Mindestmaß erforderlicher Gläubigerschutz?	177
IV. Zusammenfassung und abschließende Würdigung zur nachteiligen Einflussnahme in der GmbH	178
D. Versagen des Ausgleichssystems im GmbH-Konzern – qualifiziert faktischer Konzern und Konzernhaftung in der Entwicklung der Rechtsprechung	179
I. Problemstellung	179
II. Weiterer Gang der Untersuchung	180
1. BGH, Urt. v. 16.9.1985 – II ZR 275/84 – Autokran	181
2. BGH, Urt. v. 20.2.1989 – II ZR 167/88 – Tiefbau	183
3. BGH, Urt. v. 23.9.1991 – II ZR 135/90 – Video	185
4. BGH, Urt. v. 11.11.1991 – Stromlieferung	187
5. BGH, Urt. v. 29.3.1993 – TBB	188
6. BGH, Beschl. v. 12.7.1993 – II ZR 179/92 – Schotterkleber	189
7. BGH, Urt. v. 13.12.1993 – II ZR 89/93 – EDV	189
8. BGH, Urt. v. 19.9.1994 – II ZR 237/93	190
9. BGH, Urt. v. 27.3.1995 – II ZR 136/94	191
10. BGH, Urt. v. 25.11.1996 – II ZR 352/95	191
11. BGH, Urt. v. 12.2.1996 – II ZR 279/94	193
12. BGH, Beschl. v. 3.11.1997 – II ZR 328/96	193
13. BGH, Beschl. v. 20.3.2000 – II ZR 322/98	194
14. BGH, Urt. v. 2.10.2000 – II ZR 64/99	195
15. BGH, Urt. v. 17.9.2001 – II ZR 178/99 – Bremer Vulkan	195
16. BGH, Urt. v. 25.2.2002 – II ZR 196/00	197
17. BGH, Urt. v. 24.6.2002 – II ZR 300/00 – KBV	198
18. BGH, Urt. v. 20.9.2004 – II ZR 302/02 – Rheumaklinik	200
19. BGH, Urt. v. 13.12.2004 – II ZR 206/02 – Autovertragshändler	201
20. BGH, Urt. v. 13.12.2004 – II ZR 256/02 – Handelsvertreter	202
21. BGH, Urt. v. 16.7.2007 – II ZR 3/04 – Trihotel	202
22. BGH, Urt. v. 13.12.2007 – IX ZR 116/06	205
23. BGH, Beschl. v. 7.1.2008 – II ZR 314/05	205
24. BGH, Urt. v. 28.4.2008 – II ZR 264/06 – GAMMA	206
25. BGH, Urt. v. 9.2.2009 – II ZR 292/07 – Sanitary	207



26. BGH, Urt. v. 23.4.2012 – II ZR 252/10	208
27. BGH, Urt. v. 24.7.2012 – II ZR 177/11	209
28. BGH, Urt. v. 21.2.2013 – IX ZR 52/10	211
29. BGH, Hinweisbeschl. v. 15.9.2014 – II ZR 442/13	212
III. Gesamtwürdigung: Konzernhaftung und Existenzvernichtungshaftung im faktischen GmbH- Konzern	212
1. Überblick	212
2. Schutzzweck	213
a) Existenzvernichtungshaftung	213
b) Konzernhaftung	214
c) Gedanken zu einer Ausgestaltung der Existenzvernichtungshaftung als Außenhaftung	215
3. Verhaltenshaftung oder Strukturhaftung	216
a) Das Problem einer Strukturhaftung	216
b) Existenzvernichtungshaftung	217
c) Qualifiziert faktischer Konzern	218
4. Persönlicher Anwendungsbereich der Existenzvernichtungshaftung	219
a) Keine konzernrechtliche Verbindung notwendig	219
b) Keine Gesellschafterstellung erforderlich: Haftung der eigenen Geschäftsleiter	220
c) Enthftung von Geschäftsleitern bei weisungsgebundenem Handeln?	222
d) Aber: Eingriff durch außenstehende Dritte genügt nicht	222
e) Haftung von Hintermännern und anderen Personen mit Zugriff auf das Gesellschaftsvermögen	223
5. Kompensation des Eingriffs	225
a) Bedeutung für die Existenzvernichtungshaftung	225
b) Bedeutung im früheren Konzept der qualifizierten Nachteilszufügung	228
6. Existenzgefährdung/Existenzvernichtung als Erfordernis der Existenzvernichtungshaftung	229
a) Existenzgefährdung/Existenzvernichtung infolge des Entzugs von gebundenem Gesellschaftsvermögen	229
b) Abwendung der Existenzgefährdung/ Existenzvernichtung durch Dritte	230

*Inhaltsverzeichnis*

c)	Existenzgefährdung/Existenzvernichtung, die Insolvenzerursachung und das Liquidationsverfahren	230
I)	Die in § 826 BGB zu verortenden Fallgruppen	230
II)	Existenzvernichtung aber auch noch in der Liquidation möglich	231
III)	Notwendigkeit des Merkmals Insolvenzerursachung/Insolvenzvertiefung auch in der Liquidation	232
IV)	Insolvenzerursachung: Hervorrufung einer Überschuldung	233
7.	Dogmatische Einordnung	235
a)	Existenzvernichtungshaftung sanktioniert schuldhaftes sittenwidriges Verhalten	235
b)	Konzernhaftung ist keine Durchgriffshaftung, sondern konsequente Fortsetzung der Pflicht zum Einzelausgleich	236
c)	Existenzvernichtungshaftung ist Haftungsfigur des allgemeinen Zivilrechts	237
d)	Das Verhältnis von Existenzvernichtungshaftung und Treuepflicht	237
e)	Das Verhältnis von Existenzvernichtungshaftung und §§ 30, 31 GmbHG	239
f)	Das Verhältnis von Existenzvernichtungshaftung und § 64 S. 3 GmbHG	240
8.	Lücken im neuen System	240
a)	Anderer Ausgangspunkt	240
b)	Existenzvernichtung infolge unbezifferbarer Nachteilszufügung	242
c)	Allgemein: Behandlung unbezifferbarer Nachteilszufügung	242
9.	Sonderproblem: Ein-Personen-GmbH	243
10.	Wechselwirkungen zum faktischen AG-Konzern	244
a)	Qualifiziert faktischer AG-Konzern	244
b)	Existenzvernichtungshaftung in der AG	245
E.	Gesamtergebnis zur Haftung der Konzernobergesellschaft	246
I.	Zur nachteiligen Einflussnahme	246
II.	Zur Zufügung unbezifferbarer Nachteile und zur Existenzvernichtung	247
III.	Zur Verhaltenshaftung und zur Strukturhaftung	249

Kapitel 4: Die Haftung von Konzernen wegen Verletzung der Aufsichtspflicht im Ordnungswidrigkeitenrecht	251
A. Konzerne im Ordnungswidrigkeitenrecht	251
B. Konzernverantwortlichkeit nach den Regelungen des OWiG	251
C. Verletzung der „Aufsichtspflicht“	252
I. Konturierung des Tatbestands des § 130 Abs. 1 S. 1 OWiG	252
II. Inhaber	253
1. Inhaber ist, wer an der Spitze steht	253
2. Inhaber des Unternehmens ist der Unternehmensträger	254
3. Konzernobergesellschaft trägt nur ihr eigenes Unternehmen	257
4. Keine rein wirtschaftliche Betrachtung des Unternehmens	258
III. Unterlassen	260
1. Unterlassen als Tathandlung	260
2. Dogmatische Begründung der Norm	260
3. Servicegesellschaften und reguläre Tochtergesellschaften	262
IV. Inhaberpflichten	263
1. Was sind Inhaberpflichten?	263
2. Bestimmung der einzuhaltenden Pflichten durch andere Rechtsgebiete	264
3. Keine Inhaberpflichten der Konzernobergesellschaft aus dem Gesellschaftsrecht	265
4. Keine Inhaberpflichten lediglich aufgrund des Bestehens eines Beherrschungsvertrags	266
5. Keine Inhaberpflicht bei ausgeübter Konzernleitung	267
a) Verbleibende Verantwortlichkeit bei tatsächlicher Anweisung	267
b) Keine Lücke in der Sanktionierung von Verstößen	268
6. Keine Inhaberpflichten aus dem KWG	269
D. Neuregelung im Zuge des 9. GWB-Novelle	270
E. Inanspruchnahme von Konzernen nach der 9. GWB-Novelle	271
1. Funktionsweise des § 81 Abs. 3a GWB	271
2. Ausgangspunkt: Verletzung einer unternehmensbezogenen Pflicht	271
3. Bestimmender Einfluss	272
4. Keine Vermutung der tatsächlichen Einflussnahme	273

*Inhaltsverzeichnis*

5. Verschuldenserfordernis	274
a) Vorsätzliches Handeln erforderlich	274
b) Bezugspunkt des Vorsatzes	275
F. Zusammenfassung und abschließende Würdigung	275
 Kapitel 5: Konzerne und Konzernhaftung im europäischen Recht	 278
A. Kein einheitliches europäisches Konzernrecht	278
I. Fehlen eines Konzernrechts	278
II. Nichtbehandlung konzernrechtlicher Fragestellungen	280
III. Aufgaben eines europäischen Konzernrechts	281
B. Scheitern einer Konzernrechtssetzung	282
I. Konzernrichtlinie	282
II. Aktionsplan der EU-Kommission vom 21.5.2003	283
1. Finanz- und andere Informationen	284
2. Abstimmung der Konzernpolitik	284
3. Unternehmenspyramiden	284
4. Würdigung	285
III. Zwischenergebnis	285
C. Eine neue Hoffnung	286
I. Konsultation der EU-Kommission	286
II. Report of the Reflection Group on the Future of EU Company Law	 287
1. Behandlung von Konzernaspekten	287
2. Anerkennung des Konzerninteresses	287
3. Ein-Personen-Gesellschaft	290
4. Konzerntransparenz	291
5. Zwischenstand	291
III. Aktionsplan vom 12.12.2012	292
1. Behandlung von Konzernaspekten	292
2. Anerkennung des Konzerninteresses	293
3. Ein-Personen-Gesellschaft	294
4. Related party transactions	295
IV. Antwort der Reflection Group	297
1. Related Party Transactions	298
2. Ein-Personen-Gesellschaft	298
3. Konzerninteresse	299
V. Abschließende Würdigung	300

VI. Randnotiz: Rechtspolitischer Ausblick und die Bemühungen der Europäischen Kommission und der Wissenschaft	300
D. Faktische Konzernrechtsrealität und Zielsetzung der weiteren Untersuchung	301
I. Der Hintergrund europäischer Konzernrechtsakte	301
II. Zielsetzung	302
III. Leitgedanke: Einheit der europäischen Rechtsordnung	302
E. Konzernrechtsimplikationen im europäischen Recht	304
I. Kapitalrichtlinie	304
II. Fusions- und Übernahmerecht	306
1. Verschmelzungsrichtlinie (Fusionsrichtlinie)	306
2. Übernahmerrichtlinie	307
a) Beteiligungsaufbau zur Einflussnahme	307
b) Pflichtangebot	308
III. Transparenz und Publizität	309
1. Transparenzrichtlinie	309
a) Inhalt der Richtlinie	309
b) Auslegung durch den BGH	309
2. Publizitätsrichtlinie	310
IV. EU-Aufsichtsrecht	312
1. Versicherungsaufsichtsrecht	312
2. Bankenaufsichtsrecht	313
a) Bankenrichtlinie	313
b) Bankenaufsichtsverordnung	314
V. EU-Beihilferecht	315
VI. EU-Bilanzrecht	315
1. Jahresabschlussrichtlinie	315
2. Konzernabschlussrichtlinie	317
a) Anliegen der Richtlinie	317
b) Konzernverständnis der Richtlinie	318
I) Stimmrechtsmehrheit	318
II) Bestellung und Abberufung der Organmitglieder	318
III) Konzernvertrag und Satzungsbestimmungen	318
IV) Unternehmensbeteiligung	319
1) Bestellung der Organmitglieder durch eigene Stimmrechtsmacht	319
2) Stimmrechtsvereinbarungen	320

*Inhaltsverzeichnis*

V)	Beherrschender Einfluss und Kontrolle	320
1)	Koexistenz verschiedener Begründungen	320
2)	Wie verhalten sich Kontrolle und beherrschender Einfluss zueinander?	321
3)	Unternehmensverträge als Anwendungsfall des beherrschenden Einflusses	322
4)	Vorrang des Kontrollkonzepts in der neuen EU-Bilanzrichtlinie	322
VI)	Einheitliche Leitung	323
c)	Gesamtbetrachtung des Bilanzrechts	324
3.	Konzernverständnis im Entwurf der Konzernabschlussrichtlinie von 1979	325
a)	Abhängigkeit	325
b)	Konzern	326
c)	Bewertung	326
4.	Implikationen des Bilanzrechts für das Konzernverständnis	326
VII.	Konzernbesteuerungsrichtlinie	328
VIII.	Ein-Personen-Gesellschaften-Richtlinie	329
1.	Haftungsdurchgriff bei der Ein-Personen-Gesellschaft	329
2.	Grundsatz: Haftungsbeschränkung	330
3.	Erfassen von Konzernsachverhalten?	330
4.	Gesamtbetrachtung	332
IX.	KMU-Empfehlung	332
1.	Tatbestandskatalog verbundener Unternehmen	332
2.	Verbindung über Unternehmen, Investoren und natürliche Personen	333
3.	Zusammenfassung und Ausblick	335
X.	EU-Arbeitsrecht	336
1.	Richtlinie zum Europäischen Betriebsrat	336
a)	Allgemeines	336
b)	Herrschendes Unternehmen gem. Art. 3 RL	336
2.	Arbeitsrechtliche Rechtsprechung zum Übergang von Arbeitnehmern	338
a)	EuGH, Urt. v. 2.12.1999 – Rs. C-234/98 – Amalgamated Construction	338
b)	EuGH, Urt. v. 21.10.2010 – C-242/09 – Albron Catering	339
c)	Ergebnis	340

XI. EU-Bankeninsolvenzrecht	341
1. Gruppeninterne finanzielle Unterstützung	341
2. Mutter- und Tochterunternehmen	341
3. Gruppe	341
4. Grenzüberschreitende Gruppe	342
5. Gruppeninterne Garantie	342
6. Vereinbarung gruppeninterner finanzieller Unterstützung	343
XII. Niederlassungsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit	344
1. Vertragstext	344
a) Beschränkungsverbot	344
b) Kein Normierungsgebot	345
2. Rechtsprechung zu den Grundfreiheiten	345
a) EuGH, Urt. v. 13.4.2000 – Rs C-251/98 – Baars	345
b) EuGH, Urt. v. 12.9.2006 – C-196/94 – Cadbury Schweppes	346
c) EuGH, Urt. v. 12.12.2006 – C-446/04 – Test Claimants	346
d) EuGH, Urt. v. 24.5.2007 – C-157/05 – Hölböck	347
e) EuGH, Urt. v. 23.10.2007 – C-112/05 – VW	347
f) EuGH, Urt. v. 26.3.2009 – C-326/07	349
g) EuGH, Urt. v. 8.7.2010 – C-171/08	350
h) EuGH, Urt. v. 21.10.2010 – C-81/09 – Idrzyma	350
i) EuGH, Urt. v. 13.11.2012 – Test Claimants II	351
3. Gesamtbetrachtung der Rechtsprechung	351
XIII. EU-Prozessrecht	352
XIV. Supranationale Rechtsformen	353
1. Konzernrecht der Societas Europaea (SE)	353
a) SE-Verordnung	353
b) Arbeitnehmerbeteiligungs-RL	354
2. Bedeutung der SPE für das Konzernrecht	355
3. Gesamtbetrachtung des Konzernrechts der supranationalen Rechtsformen	355
F. EU-Kartellrechtliche Konzernhaftung	356
I. Grundlagen	356
II. Entwicklung der Kartellrechtsrechtsprechung	356
1. EuGH, Urt. v. 14.7.1972 – 48/69 – Imperial Chemical Industries	356
2. EuGH, Urt. v. 6.3.1974 – Rs. 6/73 und 7/73 – Istituto Chemioterapico	358

*Inhaltsverzeichnis*

3. EuGH, Urt. v. 25.10.1983 – Rs. 107/82 – AEG- Telefunken	359
4. EuGH, Urt. v. 12.7.1984 – Rs. 170/83 – Hydrotherm	360
5. EuG, Urt. v. 17.12.1991 – T-6/89 – Enichem Anic	360
6. EuG, Urt. v. 10.3.1992 – T-11/89 – Shell	362
7. EuGH, Urt. v. 1.4.1993 – T-65/89 – BPB Industries und British Gypsum	362
8. EuGH, Urt. v. 12.1.1995 – T-102/92 – Viho	362
9. EuG, Urt. v. 14.5.1998 – T-352/94 – Mo Och Domsjö	363
10. EuG, Urt. v. 14.5.1998 – T-354/94 – Stora Koppabergs Bergslags	363
11. EuG, Urt. v. 20.4.1999 – T-305/94, T-306/94, T-307/94, T-313/94 bis T-316/94, T-318/94, T-325/94, T-328/94, T-329/94 und T-335/94 – Limburgse Vinyl	365
12. EuGH, Urt. v. 16.11.2000 – Rs. C-286/98 P – Stora Kopparbergs Bergslags	366
13. EuG, Urt. v. 20.3.2002 – T-9/99 – HFB Fernwärmetechnik	366
14. EuG, Urt. v. 15.6.2005 – T-71, 74, 87, 91/03 – Tokai Carbon	368
15. EuG, Urt. v. 15.9.2005 – T-325/01 – Daimler/Chrysler	370
16. EuG, Urt. v. 27.9.2006 – T-314/01 – Avebe	371
17. EuG, Urt. v. 12.12.2007 – T-112/05 – Akzo Nobel	371
18. EuGH, Urt. v. 10.9.2009 – C-97/08 P – Akzo Nobel	373
19. EuGH, Urt. v. 20.1.2011 – C-90/09 P – General Química	375
20. EuG, Urt. v. 3.3.2011 – T-122/07, T-123/07, T-124/07 – Siemens VA Tech	375
21. EuG, Urt. v. 16.6.2011 – T-208/08, T-209/08 – Gosselin Group	376
22. EuG, Urt. v. 15.9.2011 – T-234/07 – Grolsch	379
23. EuGH, Urt. v. 29.9.2011 – C-520/09 P – Arkema	379
24. EuGH, Urt. v. 29.9.2011 – C-521/09 P – Elf Aquitaine	379
25. EuGH, Urt. v. 3.5.2012 – C-289/11 P, C-290/11 P – Legris	380
26. EuG, Urt. v. 27.9.2012 – T-343/06 – Shell Petroleum	380
27. EuGH, Urt. v. 22.1.2013 – C-286/11 P – Tomkins	381
28. EuGH, Urt. v. 8.5.2013 – C-508/11 P – ENI	382
29. EuGH, Urt. v. 18.7.2013 – C-501/11 P – Schindler	382
30. EuGH, Urt. v. 26.11.2013 – C-58/12 P – Groupe Gascogne SA	383
31. EuG, Urt. v. 23.1.2014 – T-395/09 – Gigaset	384



32. EuGH, Urt. v. 10.4.2014 – C-247/11 P und C-253/11 P – Areva	385
a) Bestimmung des Verhältnisses der Gesamtschuldner zueinander bleibt den Mitgliedstaaten überlassen	385
b) Bestätigung des Unternehmensbegriffs	386
c) Leitprinzip: Effiziente Verfolgung von Kartellverstößen	387
33. EuGH, Urt. v. 10.4.2014 – C-231/11 P bis C-233/11 P - Siemens VA Tech	387
34. EuG, Urt. v. 9.9.2015 – T-91/13 – LG Electronics	387
35. EuGH, Urt. v. 14.9.2017 – C-588/15 P und C-622/15 P	389
III. Vorbereitung der Rechtsprechung durch den Generalanwalt	389
1. Schlussanträge des Generalanwalts vom 10.7.1991 – T-1/89, T-2/89, T-3/89, T-4/89, T-6/89, T-7/89, T-8/89, T-9/89, T-10/89, T-11/89, T-12/89, T-13/89, T-14/89, T2/89, T-3/89, T-4/89, T-6/89, T-7/89, T-8/89, T-9/89, T-10/89, T-11/89, T-12/89, T-13/89, T-14/89	389
2. Schlussanträge GA vom 29.11.2012 im Verfahren C-440/11 P – Gosselin Group	390
a) Bestimmender Einfluss als Zurechnungsgrund	390
b) Vermutung des bestimmenden Einflusses	390
c) Einheitlicher Unternehmensbegriff	391
d) Keine eigene Unternehmenseigenschaft der Mutter erforderlich	392
3. Würdigung: Neue Ufer oder alte Fallgruppe?	393
IV. Richtlinie zum Schadensersatz bei Kartellrechtsverstößen	395
1. Regelungsanliegen	395
2. Anspruchsgegner	395
a) Unternehmen oder Unternehmensvereinigung	395
b) Unternehmensbegriff nach dem Verständnis der Artt. 101, 102 AEUV	396
I) Begriffliche Unklarheiten	396
II) Diskussionsstand: Unternehmensbegriff entspricht der Rechtsprechung	397
III) Stellungnahme	398
c) Unternehmensbegriff bei der Umsetzung der Richtlinie in § 33a GWB	400
3. Gesamtschuldnerische Haftung	402
4. Abschließende Würdigung	402

*Inhaltsverzeichnis*

V. Vermeidung einer Kartellhaftung auf Ebene der Konzernobergesellschaft	403
1. Konzern-Organisation als Ausweg?	403
a) Verantwortlichkeit der Obergesellschaft für das Handeln der für sie tätigen Personen	403
b) Die Quadratur des Kreises: Einflussnahme ohne Haftungsfolge?	404
c) Widerlegbarkeit der Vermutung der Einflussnahme	406
d) Erfolgreiche Widerlegung	406
2. Überwachung der Konzernuntergesellschaft als Ausweg?	409
a) Der „Tatbestand“ der Überwachung nach dem EuGH	409
b) Überwachung als Teil der Konzern-Compliance	410
c) Frühere Überlegungen des Reichsgerichts	410
d) Überwachung und Überwachungspflicht als Teil der Konzernorganisation	411
I) Henne und Ei: Überwachung ohne Überwachungspflicht	411
II) Überwachungspflichten als Teil der Konzernleitungspflicht	411
III) Haftungsträchtige Nicht-Überwachung im Kartellrecht durch Verletzten von Pflichten gegenüber dem Markt	413
1) Konzernleitungspflicht als Pflicht der Geschäftsleiter	413
2) Keine eigene Verpflichtung der Obergesellschaft	413
e) Abschließende Betrachtung	415
3. Bußgeldminderung bei Einrichtung eines Compliance-Management-Systems	416
VI. Würdigung der Kartellrechtspraxis	416
1. Allgemeines	416
2. Einordnung in die Rechtshierarchie: Vorrang des Unionsrechts	417
3. Kritik an der Methodik	418
4. Kartellrechtliche Würdigung	419
a) Zielrichtung der Rechtsprechung	419
b) Inanspruchnahme des gesamten Konzerns durch seine Glieder als solidarisches Gebilde	421

c) Verantwortlichkeit für Herrschaft	423
d) Kann eine Vermutung der Einflussnahme überhaupt bestehen?	424
I) Hintergrund und Zweck einer Vermutung	424
II) Grenzwert der Einflussnahme	425
III) Vermutung der Einflussnahme vs. Unschuldsvermutung im Sanktionenrecht	426
IV) Bedeutung der Unschuldsvermutung im Konzernsachverhalt	429
V) Schuld und Unschuld	430
VI) Unschuldsvermutung vs. abstrakte Verhaltenshaftung	432
e) Bloße Haftung der Konzernmutter – keine eigene Verantwortlichkeit?	433
5. Gesellschaftsrechtliche Würdigung	434
a) Überblick	434
b) Fehlende Rechtsgrundlage	434
c) Bestimmtheitsgebot	435
d) Durchbrechung des Trennungsprinzips	436
e) Haftung für konkrete Einflussnahme und abstrakte Haftung	438
f) Vermutung der Einflussnahme	440
g) Widerlegbarkeit der Vermutung	443
h) Haftung wegen einheitlichen Marktverhaltens	443
i) Rechtfertigung wegen der Sanktionierung illegale Einflussnahme?	444
j) In allen Fällen: Gesamtschuldnerschaft	445
6. Wechselwirkungen zwischen und gemeinsame Ideen im Kartellrecht und Gesellschaftsrecht	445
a) Konzentration als gemeinsame tatsächliche Grundlage von Kartell- und Konzernrecht	445
b) Unterschiedlicher Horizont: Konzerngefahren und Kartellgefahren	447
7. Autonom europarechtliche Würdigung	449
8. Abschließende Betrachtung	449
a) Zusammenfassung und Ergebnisfindung	449
b) Systemkritik: Einheit der europäischen Rechtsordnung?	452
G. Abschließende Würdigung der Behandlung von Konzernen auf europäischer Ebene	455

*Inhaltsverzeichnis*

H. Eine einheitliche Betrachtung	461
I. Ansatzpunkt: Keine Konzernhaftung ohne Konzernorganisationsrecht	461
II. Konzernorganisation	463
1. Missstand im Konzernaußenrecht	463
2. Konzerninnenrecht	464
a) Konzerninteresse	464
b) Konzerninteresse auf Ebene der Mutter	465
c) Einflussnahme innerhalb des Konzerninteresses	465
d) Rechtswidrige Einflussnahmen innerhalb des Konzerninteresses	466
e) Einflussnahme außerhalb des Konzerninteresses	467
f) Konzerninteresse auf Ebene der Tochter	467
g) Zwischenstand	468
h) Einflussnahme und Beteiligung	468
i) Ergebnis	469
I. Ausblick auf ein Europäisches Konzernrecht	470
Abschluss: Zentrale Aspekte der Arbeit	474
Anhang	483
Literaturverzeichnis	485

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
Abs.	Absatz, Absätze
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alter Fassung
AG	Aktiengesellschaft/Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
AO	Abgabenordnung
ArbG	Arbeitsgericht
Art.	Artikel
Artt.	Artikel (Plural)
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
Az.	Aktenzeichen
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayOBLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Begr.	Begründung
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKartA	Bundeskartellamt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
bspw.	beispielsweise
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa

*Abkürzungsverzeichnis*

CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift (Zeitschrift)
Cornell Int' L.J.	Cornell International Law Journal (Zeitschrift)
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
d.h.	das heißt
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift (Zeitschrift)
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat
Drs.	Drucksache
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStRE	DStR-Entscheidungsdienst (Zeitschrift)
DWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht (Zeitschrift)
E	Entwurf
EBOR	European Business Organization Law Review (Zeitschrift)
EBRG	Europäisches Betriebsräte-Gesetz
ECFR	European Corporate and Financial Law Review (Zeitschrift)
ECLÉ	European Compan Law Experts
ECLR	European Competition Law Review (Zeitschrift)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EMCA	European Model Company Act
EuG	Gericht der Europäischen Union/Gericht erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVVO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
f.	folgende
FECG	Forum Europaeum on Company Groups
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
gem.	gemäß

GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil (Zeitschrift)
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
ICLEG	Informal Company Law Expert Group
i.H.v.	in Höhe von
InsO	Insolvenzordnung
IPR	Internationales Privatrecht
ISrR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
i.d.R.	in der Regel
i.E.	im Ergebnis
insb.	insbesondere
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des/der
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
KG	Kommanditgesellschaft/Kammergericht
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KSzW	Kölner Schriften zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
lit.	litera
LS	Leitsatz
m.a.W.	mit anderen Worten
mglw.	möglicherweise
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer

*Abkürzungsverzeichnis*

MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer (Zeitschrift)
Nachw.	Nachweis, Nachweise
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungs-Report Strafrecht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht (Zeitschrift)
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht (Zeitschrift)
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (Zeitschrift)
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht (Zeitschrift)
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
öAktG	Aktiengesetz (Österreich)
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung (Zeitschrift)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (Zeitschrift)
RegE	Regierungsentwurf
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
Rev. soc.	Revue des sociétés (Zeitschrift)
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Entscheidungssammlung)
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift (Zeitschrift)
Rs.	Rechtssache
RStBl.	Reichssteuerblatt
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz/Seite/siehe/section
Slg.	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs
sog.	sogenannte/sogenannten/sogenannter
Tz.	Textziffer
UA	Unterabsatz



*Abkürzungsverzeichnis*

u.a.	unter anderem
Urt.	Urteil
V	Vorschlag
Var.	Variante
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa (Zeitschrift)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht (Zeitschrift)
wrp	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
ZDAR	Zeitschrift für Deutsches und Amerikanisches Recht (Zeitschrift)
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (Zeitschrift)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZInsO	Zeitschrift für das Gesamte Insolvenzrecht (Zeitschrift)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
z.L.	zu Lasten
ZPO	Zivilprozessordnung
z.T.	zum Teil
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht (Zeitschrift)

